

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagspreis 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinstellung an jedem Werktag
Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Pettzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwanngewiesener Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhübendorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Thlembendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2

Druck und Verlag von C. F. Försters Erben (Fab. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 10

Donnerstag, den 12. Januar 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Die Ortspreise für den Wert der Sachbezüge für die Zwecke der Arbeiter- und Angestelltenversicherung auf Grund von § 160 der Reichsversicherungsordnung und § 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes sind vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium für das ganze Land einheitlich vom 1. Januar 1928 ab anderweit festgesetzt worden; sie können bei den unterzeichneten Versicherungsämtern und bei den Ortskrankenkassen eingesehen werden.

Ramenz und Pulsnitz, am 10. Januar 1928

Amtshauptmannschaft — Versicherungsamt
Der Rat zu Ramenz — Versicherungsamt
Der Rat zu Pulsnitz — Versicherungsamt

haben die Besitzer von Pferden und Rindern nach dem Stande vom 1. Dezember 1927 folgende Beträge zu den Viehseuchenentschädigungen und zur staatlichen Schlachtviehversicherung spätestens bis zum 31. Januar 1928 zu bezahlen:

Für den Einhufer 2.10 RM
für Rinder im Alter bis zu 3 Monaten je: 1.35 RM
für Rinder im Alter von 3 Monaten aufwärts je: 7.— RM

Mit der Einhebung dieser Beträge wird demnächst begonnen werden

Pulsnitz, am 11. Januar 1928

Der Stadtrat

Umlagebeiträge für die Viehseuchenentschädigung und die staatliche Schlachtviehversicherung

Nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 15. Dezember 1927

Freitag, den 13. Januar 1928, vormittags 11 Uhr sollen im Gasthause zum „Bürgergarten“, Pulsnitz, zwanngsweise gegen Barzahlung

3 Planen (zu Marktbuden) und 1 Stück Segeltuch

meistbietend öffentlich versteigert werden

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz

Das Wichtigste

Überall ist infolge der Schneeschmelze neue Hochwassergefahr zu befürchten.

Die französischen Behörden haben einen Millionenchwandel mit deutschen Reparationsleistungen ausgedeckt

Ministerpräsident Bot. caré empfing gestern den früheren demokratischen Reichsinnenminister Koch, der sich wegen der vorbereitenden Arbeiten für den zweiten paneuropäischen Kongress in Paris aufhält.

Wie der D. S. D. mitteilt, hofft man in brasilianischen Kreisen, in Zusammenarbeit mit der J. G. Farbenindustrie eine Kunstdüngefabrik in Brasilien errichten zu können. Für später rechnet man mit der Möglichkeit der Herstellung von künstlichem Petroleum unter Verwendung brasilianischer Braunkohlen.

Im Juli d. J. wird in London eine internationale Konferenz für die Krebsforschung abgehalten werden. Einladungen zur Teilnahme an dem Kongress werden in alle Welt verschickt werden. Deutschlands Teilnahme ist bereits gesichert.

Die aus Piemont stammende Frau Emma Blacco die vor einiger Zeit in Monte Carlo gestorben ist, hat Mussolini ihr gesamtes Vermögen in Höhe von 5 Millionen Lire vermacht

Wie aus Moskau gemeldet wird, beabsichtigt die Regierung der Moldau Republik, die Hauptstadt der Republik von Baltia nach Birula zu verlegen.

Weshalb Entschädigung der Auslandsdeutschen?

Von Gouverneur z. D. Dr. Schnee, M. d. R.,

Präsident des Bundes der Auslandsdeutschen.

Der 22. Ausschuss des Reichstages hat am 11. Januar seine Beratungen über das Kriegsschadensgesetz begonnen. Damit soll die Frage der Entschädigung der Auslandsdeutschen endgültig geregelt werden. Ueber den wirtschaftlichen Wert einer angemessenen Entschädigung geben die folgenden Ausführungen Aufschluß.

Am 21. August 1919 richtete ein maßgebender Vertreter der Reichsregierung an der Nationalversammlung in Weimar das folgende Telegramm an den Bund der Auslandsdeutschen:

„Erlicke in der Drahtung des Bundes der Auslandsdeutschen Beweis des Vertrauens zur Regierung und Volkswertung. In vollem Bewußtsein dessen, was die Auslandsdeutschen als unermüdbare, zähe Pioniere deutscher Arbeit geleistet haben, betrachte ich es als meine Pflicht, die beiden von der Nationalversammlung fobem verabschiedeten Gesetze, welche Entschädigungsaufwendungen zugunsten der Auslandsdeutschen vorsehen, in dem Geiste selbstverständlicher, freundiger Dankbarkeit durchzuführen, welche die Heimat ihren treuen Söhnen in der Fremde schuldig ist.“

Schon damals also wurde die wirtschaftliche Bedeutung der Auslandsdeutschen voll und ganz anerkannt. Es kann ein Zweifel darüber auch nicht bestehen, daß die damalige Reichsregierung gewillt war, den aus den damaligen Feindländern verdrängten Auslandsdeutschen ihren Schaden in angemessener Weise zu ersetzen. Zu einer wirtschaftlich wirksamen Entschädigung ist es aber bisher nicht gekommen. Jetzt, da der Reichstagsausschuss sich mit der endgültigen Regelung der Entschädigungsfrage beschäftigt, muß erneut auf die wirtschaftliche Bedeutung dieses Schlussschadensgesetzes hingewiesen werden.

Die durch die Kriegereignisse betroffenen Auslandsdeutschen gehörten vielfach den deutschen Handels- und Gewerbetreibenden in den früheren Feindstaaten an. Sie durften mit als Träger unserer wirtschaftlichen Beziehungen in den in Betracht kommenden Ländern

Das Kriegsschadenschlußgesetz vor dem Reichstagsausschuss

Kuhara über seine Eindrücke in Rußland und Deutschland — Der Gegenjah Zentrum — Volkspartei in der Frage der Simultanschule

Berlin. Der 22. Ausschuss des Reichstages, der die Entschädigungsgesetze behandelt, ist am Mittwoch zusammengetreten, um über den Entwurf des Gesetzes zur endgültigen Regelung der Liquidations- und Gewaltschäden zu beraten.

Der Ausschuss steht vor einer außerordentlich schwierigen Aufgabe. Er soll einmal die Rechte des Privateigentums aufrechterhalten, andererseits ist aber die volle Berücksichtigung der Geschädigten schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die Masse, d. h. der deutsche Auslandsbesitz, verlorengegangen ist.

Insgesamt sind rund 391 000 Schadensfälle zu entschädigen, darunter 61 000 Wertpapiererschadensfälle. Der Friedenswert wird insgesamt auf rund 10,4 Milliarden geschätzt.

Die Reichsregierung will den Gesetzentwurf mit größter Beschleunigung zum Abschluß bringen. Der Plan, die Entschädigungen sofort bar auszuzahlen, ist für das Reich deshalb unmöglich, weil es die Mittel nicht auf einmal aufbringen kann. Es ist die Lösung versucht worden, zunächst den kleinen und mittleren Geschädigten (einschließlich der Wertpapiergeschädigten) zunächst den Schadensgrundbetrag bis zu 20 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Die anderen Geschädigten sollen eine Befreiung über die ihnen auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes gestundete Schlussschadensentlastung erhalten. Die geschuldeten Beträge sollen zur Sicherung als Schuldbuchforderungen ins Reichsschuldbuch eingetragen werden. Eine Verzinsung mit 6 Prozent ist vorgesehen und eine Tilgung von innerhalb 19 Jahren.

Kuhara über seine Eindrücke in Rußland und Deutschland

Wie aus Tokio gemeldet wird, veröffentlicht die japanische Presse ein Interview des japanischen Großindustriellen Kuhara über seine Eindrücke in Rußland und Deutschland, in der dieser erklärte, daß er von der friedfertigen Politik der Sowjetregierung überzeugt sei. Der Sowjetregierung, so erklärte er weiter, sei viel an einem Handelsvertrag mit Japan gelegen. In Deutschland habe ihn der enorme Aufschwung mit Bewunderung erfüllt, den er trotz der schwierigen Lage der deutschen Wirtschaft vorgefunden habe. Für eine

bezeichnet werden. Deutsche Kaufleute hatten sich in jahrzehntelanger Arbeit die führende Wirtschaftsstellung in den meisten Ueberseegebieten errungen und waren auf dem Wege, durch zähen Fleiß und besondere Fähigkeiten sich einen entsprechenden Platz im Welthandel zu erobern. Es ist bezeichnend, daß sich nach dem Kriege der deutsche Export gerade nach denjenigen Ländern überraschend schnell erholt und zum Teil den Vorkriegsstand fast wieder erreicht hat, die sich von dem Wirtschaftskriege gegen Deutschland ferngehalten haben. Ähnlich liegen die Dinge für die Staaten, in denen bereits vor Jahren beträchtliche Teile des einbehaltenen deutschen Vermögens wieder freigegeben und so der Auslandskaufmann frühzeitig in die Lage versetzt worden ist, seine Geschäfte wieder aufzunehmen. Hier praktische Wiederaufbauarbeit zu leisten, wertvolle Kräfte sobald wie möglich im Auslande wieder anzusehen, die heute in der Heimat brachliegen müßten, wäre unzweifelhaft die Erfüllung einer hoch bedeut-

Der Gegenjah Zentrum — Volkspartei in der Frage der Simultanschule

erfolgreiche deutsch-japanische Zusammenarbeit habe er die besten Eindrücke mit nach Hause genommen.

Der Gegenjah Zentrum — Volkspartei in der Frage der Simultanschule

Wie die U. von Zentrumsseite erfährt, haben die Besprechungen des interfraktionellen Ausschusses über die Schulvorlage bezüglich der Simultanschule zu keinerlei Verständigung geführt. Die Gegenjah zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei haben sich in dieser Frage eher noch verschärft. Das Zentrum hat bestimmte Mindestforderungen gestellt, von denen es erklärt, nicht abgehen zu können.

Die Lage in China

Hankau erneut bedroht

Nach in Hongkong eingegangenen Beratungen sind die Honan-Streitkräfte nur etwa 50 Meilen von Hankau entfernt. In Hankau selbst herrscht eine große Unsicherheit, da die Stadt erneut das Zentrum militärischer Operationen geworden ist. Der gegenwärtige Befehlshaber Yang Sen, der die beiden Tschiangtsaischek wenig freundlich gegenüberstehenden Armeeführer Pei und Tschien Chien auszuspalten und gegen Tschiangtsaischek auszuspielen versuchte, ist mit seinen Truppen in Hankau verblieben.

Das amerikanische Flottenbauprogramm

Im Flottenbauausschuss des Repräsentantenhauses unterbreitete gestern Marineminister Wilbur ein Flottenbauprogramm für die nächsten fünf Jahre, mit einer Gesamtausgabe von 750 Millionen Dollar. Das fünfjährige Programm sieht den Bau von 25 10 000-Tonnenkreuzern, 5 Flugzeugmutter-schiffen, 9 großen Zerstörern und 32 Unterseebooten vor. Wilbur betonte in seinen Ausführungen über das Bauprogramm, daß ein Seerüstungswettbewerb weder in dem Sinn des Präsidenten noch der Regierung liege. Die amerikanischen Seerüstungen sollten nur unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der vitalsten Interessen der Vereinigten Staaten durchgeführt werden.

famen Aufgabe gewesen, die mit Hilfe einer schnellen und hinreichenden Entschädigung hätte geleistet werden können.

Die große wirtschaftliche Bedeutung des ganzen Entschädigungsproblems beschränkt sich aber nicht nur auf diese Seite der wirtschaftlichen Tätigkeit der betroffenen Auslandsdeutschen. Große Bedeutung kommt ihm auch auf einem anderen, für den deutschen Export nicht minder wichtigen Gebiet zu, dem der Schaffung von deutschen Unternehmungen im Auslande, die in der Lage waren, die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie zu erleichtern und zu verbilligen. Deutschland ist ein Land der Lohnarbeit. Es empfängt Rohstoffe und bringt die verarbeiteten Fabrikate auf den Weltmarkt, um dafür Lebensmittel zu beziehen. Die Zusammenhänge zwischen Rohstoffversorgung und Arbeitsmarkt liegen damit klar zutage. Schon wenn man an die Eisenerze denkt, tritt unsere Abhängigkeit vom ausländischen Rohstoffbezug stark in Erscheinung. Auf fast allen Metallerzmärkten sind